

Jug 170. 1112

Vertraulich

Reise einer schweizerischen Wirtschaftsdelegation
nach Jugoslawien

Fühlungnahme einer Delegation der Handelsabteilung
mit Bulgarien

(September 1970)

I. ALLGEMEINES ZUM OSTHANDEL

Während unser Handel mit den Ländern Osteuropas vor dem Zweiten Weltkrieg noch in der Grössenordnung von 9 bis 10 % unseres gesamten Aussenhandels lag, war er in den ersten Nachkriegsjahren und in der Periode des Kalten Krieges auf etwa ein Fünftel dieses Anteils abgesunken. Seither ist der Austausch langsam wieder auf etwa ein Drittel der Vorkriegsproportion angestiegen. In absoluten Zahlen beliefen sich unsere Importe aus den kommunistischen Staatshandelsländern Osteuropas (exklusive den Sonderfall Jugoslawien) vergangenes Jahr auf 465 Mio Fr. und unsere Exporte auf 750 Mio. Dazu kommen die entsprechenden Zahlen von 97 Mio Einfuhren bzw. 225 Mio Ausfuhren im Handelsverkehr mit Jugoslawien. Gestützt auf die Ergebnisse der ersten acht Monate 1970 lässt sich bis Jahresende ein weiteres namhaftes Anwachsen der obigen Werte im Umfang von etwa einem Viertel voraussagen. Unsere östlichen Märkte finden offenbar wieder zunehmendes Interesse. Auch wenn keine Wunder zu erwarten sind und dem Osthandel aus verschiedenen Gründen sowohl der Struktur wie der Systemunterschiede weiterhin Grenzen gesetzt sein dürf-

- 2 -

ten, ist ihm doch vermehrte Aufmerksamkeit zu widmen. Schon der Umstand, dass sich unsere westlichen Konkurrenten - kaum mehr durch politische Erwägungen gehemmt - intensiv um ihn bewerben, gibt Anlass, uns daraus nicht verdrängen zu lassen, uns zumindest den bisherigen Anteil hieran zu sichern und an der sich offenbar beschleunigenden Expansion dieses ausbaufähigen Marktes angemessen teilzunehmen. Auch politische Ueberlegungen, auf die hier nicht näher eingetreten sei, sprechen dafür, dass die neutrale Schweiz ihren - immer noch relativ bescheidenen - Handelsaustausch mit dem Osten in hinreichendem Masse weiterpflegt.

Verschiedene Initiativen und Intentionen aus jüngerer Vergangenheit weisen in diese Richtung, so die von der schweizerischen Uhrenindustrie und einigen Grossfirmen namentlich der chemischen Branche mit dem Sowjetischen Staatskomitee für Wissenschaft und Forschung unterzeichneten Zusammenarbeitsprotokolle, der kürzliche Besuch einer Delegation dieses selben Komitees beim Vorort, die Verstärkung unserer diplomatischen Handelsdienste in gewissen Ostkapitalen, Bemühungen um weitere Liberalisierung des gegenseitigen Handels- und Zahlungsverkehrs, zunehmende Mitarbeit der Oststaaten im GATT etc. Unsere soeben durchgeführten Reisen nach Jugoslawien und Bulgarien, denen vor allem "good will"- Charakter zukommt, gehören in den selben Zusammenhang.

II. REISE NACH JUGOSLAWIEN (9.- 15. September 1970)

1. Sonderfall Jugoslawien

Jugoslawien, das politisch schon seit Jahren eigene Wege geht, ist, von allen "sozialistischen" Staaten, auch auf der Bahn einer Liberalisierung der Wirtschaft am weitesten vorangeschritten. Es lässt sich in dieser Hinsicht kaum mehr dem östlichen Lager zurechnen. Die Abschaffung des ehemaligen staatlichen Aussenhandelsmonopols, die zunehmende Befreiung der Ein- und Ausfuhr von hemmenden Schranken, die Lockerung des Zahlungsverkehrs, die Dezentralisierung der wirtschaftlichen Kompetenzen auf regionale und lokale Stellen, vor allem aber die durch die Wirtschaftsreform von 1965 eröffneten neuzeitlichen Perspektiven einer besser auf den Weltmarkt ausgerichteten jugoslawischen Wirtschaft hatten weitreichende Folgen. Heute entscheiden nicht mehr staatliche Behörden, sondern vornehmlich die Unternehmen selbst über ihre Geschäftspolitik. Bemerkenswert ist ferner, dass die weitgehend selbständigen betrieblichen Einheiten miteinander in direkten stimulierenden Wettbewerb treten können, wobei nicht die staatliche Maschinerie, sondern die Direktion, das Management - ungeachtet der betrieblichen Arbeiter-selbstverwaltung, die gelegentlich zu Reibungen Anlass geben kann - praktisch die ausschlaggebende Rolle spielt. Infolgedessen sind es zunehmend wieder kommerzielle und unternehmerische Ueberlegungen, die Erfordernisse von Angebot und Nachfrage, welche, statt der Planungsbehörden, den Ausschlag geben. Es ist denn auch bezeichnend, dass man, wie uns von Regierungsseite dargelegt wurde, das wirtschaftliche Wachstum Jugoslawiens, das sich momentan, mit inflationären Tendenzen, zu überstürzen droht (11 % nominal, 8 % real im Jahr), nicht auf dem Weg der staatlichen Wirtschaftsplanung, sondern, ähnlich wie bei uns, durch Kreditrestriktionen zu regulieren trachtet. Die föderalistische Struktur Jugoslawiens und der stark ausgeprägte Partikularismus haben zu den obigen liberalisierenden Entwicklungen sicherlich gleichfalls beigetragen.

2. Die Entwicklung des gegenseitigen Handelsverkehrs als Anlass unserer "good will"- Mission

Obwohl in Jugoslawien, ungeachtet der erzielten Fortschritte, noch viel bürokratische Komplikationen und - in den mittleren und unteren Kadern - ein beträchtlicher Mangel an Verantwortungsfreude zu überwinden sind, hat sich die Systemannäherung doch als wesentlicher Impuls zu einer rapiden Steigerung sowie gleichzeitig auch zu einer warenmässig stärkeren Diversifikation des schweizerisch-jugoslawischen Handelsverkehrs erwiesen. Jugoslawien steht heute, jedenfalls als Kunde, mit Abstand an erster Stelle unserer osteuropäischen Handelspartner. Der Umstand, dass der gebundene Zahlungsverkehr zwischen der Schweiz und Jugoslawien am 1. Januar 1969, nach vollständiger Abtragung der Nationalisierungsentschädigungen, aufgehoben werden konnte, hat sich - entgegen gewissen Befürchtungen - offenbar ebenfalls belebend ausgewirkt.

Diese Entwicklung, namentlich aber die daraus erwachsende starke Passivität der Handelsbilanz zulasten Jugoslawiens (vgl. hierzu Seite 7), liess schon seit längerer Zeit in Belgrad das Bedürfnis nach vermehrten direkten Kontakten mit schweizerischen Behördevertretern und mit unseren massgebenden Wirtschaftskreisen aufkommen. Dabei standen der Wunsch nach einer Ausdehnung der jugoslawischen Lieferungen ebenso wie das Bestreben nach einer Vertiefung der industriellen Kooperation im Vordergrund. Im Interesse einer Konsolidierung unseres Wirtschaftsverkehrs mit Jugoslawien fand man sich schweizerischerseits grundsätzlich bereit, auf den Gedanken einer solchen Fühlungnahme einzutreten. Dies erlaubte es Herrn Bundesrat Spühler, anlässlich seines Besuches in Belgrad vom Herbst 1969 die Entsendung einer schweizerischen Mission in Aussicht zu stellen. Sie ist nunmehr zustande gekommen; ihre Bemühungen bilden Gegenstand der nachfolgenden Ausführungen.

3. Zusammensetzung und Programm der schweizerischen Delegation

Das Mandat der Delegation umfasste sowohl klärende Aussprachen mit jugoslawischen Regierungsstellen als auch direkte Kontakte mit den funktionsmässig bedeutsamen Wirtschaftskammern und, durch deren Vermittlung, mit den einzelnen Unternehmen zwecks Erkundung neuer Geschäftsmöglichkeiten. Dementsprechend bestand die 17-köpfige schweizerische Delegation einerseits aus Behördevertretern (dem Unterzeichneten als Delegationschef sowie Dr. Roches, Sektionschef Ia der Handelsabteilung), andererseits, unter persönlicher Leitung des bisherigen Direktors und heutigen Delegierten des Vororts, Dr. Peter Aebi, aus namhaften Repräsentanten der wichtigsten schweizerischen Industriebranchen (Maschinen, Chemie, Nahrungs- und Genussmittel, Uhren, Bekleidung) und einem massgebenden Exponenten des schweizerischen Welt- und Transithandels (Namenliste beiliegend). Die Delegation wurde während der ganzen Dauer ihres Aufenthalts in Jugoslawien von Botschafter Dr. Hans Keller und seinem Wirtschaftsmitarbeiter E. Klöti sowie während der Zagreber Tage von Generalkonsul W. Vaterlaus wirkungsvoll sekundiert.

Im Verlaufe ihres knapp einwöchigen Jugoslawien-Programms nahm die Delegation an der Eröffnung der internationalen Zagreber Herbstmesse teil, wohnte der Einweihung des von der OSEC organisierten wohlgelungenen Schweizerpavillons bei (36 Aussteller) und wurde in Zagreb vom jugoslawischen Aussenhandelsminister HADZIC, dem Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer Rudi KOLAK, einem Mitglied der kroatischen Regierung sowie von den Leitern der Wirtschaftskammern Kroatiens und Sloveniens empfangen, die im Anschluss daran Besprechungen zwischen beidseitigen Fachgruppen organisierten. Ferner wurde in Zagreb das Chemieunternehmen PLIVA, das mit der CIBA namentlich im pharmazeutischen Sektor auf Grund eines Lizenzvertrages zusammenarbeitet, und in Varazdin die grösste jugoslawische Textil- und Konfektionsfabrik VARTEKS, die mit schweizerischen Textilmaschinen (SULZER) ausgerüstet ist, besucht. An einer Pressekonferenz im Schweizer-

- 6 -

pavillon der Messe wurden sodann die Journalisten durch Dir. Aebi und den Unterzeichneten eingehend über den Stand der Wirtschaftsbeziehungen zur Schweiz und die neuesten Errungenschaften der schweizerischen Technik sowie über unser Land im allgemeinen orientiert (das Referat des Unterzeichneten liegt bei). Ein Nachtessen im Haus unseres Generalkonsuls bot Gelegenheit zu einem abschliessenden Beisammensein mit unseren Zagreber Kontakten. - In Belgrad sprach die Delegation vorerst bei der Leitung der serbischen Wirtschaftskammer vor und wurde von dieser mit Vertretern der in den südlichen Teilrepubliken tätigen Wirtschaftskreise in Kontakt gebracht. Darauf folgten branchenweise Besuche bei verschiedenen Industriebetrieben in und um Belgrad. Die Kerngruppe der Delegation (Delegationschef, Dir. Aebi, Dr. Roches, begleitet von Botschafter Keller und Herrn Klöti) wurde derweilen von dem für die Wirtschaftsbeziehungen mit der westlichen Welt zuständigen Mitglied der Bundesregierung (inneres Kabinett), Toma GRANFIL, dem stellvertretenden jugoslawischen Aussenhandelsminister Dr. Petar TOMIC sowie einem Mitglied der serbischen Regierung nacheinander zu längeren Gesprächen empfangen. Ein Dîner im Hause unseres Botschafters gab ferner Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch mit dem jugoslawischen Wirtschaftsminister Borivoje JELIC und dem Arbeitsminister Anton POLAJNER. Ein Ausflug auf der Donau führte schliesslich die ganze Delegation zum gegenwärtig im Bau befindlichen grossen Flusskraftwerk am Eisernen Tor (jugoslawisch-rumänisches Gemeinschaftsunternehmen), das mit über 2000 MW leistungsmässig ungefähr dem Assuan-Werk entsprechen wird, schon 1971 voll in Betrieb genommen werden soll und an dem auch die Aarauer Firma Sprecher & Schuh mit ihrem jugoslawischen Partner mitwirkt.

Es traf sich gut, dass während unseres Besuchs die Belgrader Zeitschrift "Internationale Politik" einen Beitrag des Unterzeichneten über das Thema "Die Schweiz und Jugoslawien als Wirtschaftspartner" veröffentlichte, der bereits serbisch sowie deutsch vorliegt und noch französisch, englisch, spanisch und russisch erscheinen soll.

4. Wichtigste Gesprächsgegenstände

a) Handels- und Zahlungsbilanz

Dass Jugoslawien das Passivum seiner Handelsbilanz mit der Schweiz als korrekturbedürftig empfindet, wurde schon erwähnt. Schweizerischen Exporten von 225 Mio Franken standen 1969 Importe im Werte von 97 Mio gegenüber, was einen Saldo zulasten Jugoslawiens von 128 Mio ergibt. Schweizerischerseits wurde hiezu geltend gemacht, dass diese Lage im wesentlichen auf den gegenwärtigen zusätzlichen Bedarf Jugoslawiens an Investitionsgütern zur Modernisierung seines Wirtschaftsapparates zurückzuführen ist. Doch sei bereits deutlich zu erkennen, wie diese Investitionen langfristig zu einer Stärkung der jugoslawischen Exportkapazität führen werden. Wenn auch die jugoslawischen Importe aus der Schweiz immer noch grösser sind als der umgekehrte Warenstrom, so wachsen doch die jugoslawischen Exporte nach der Schweiz in letzter Zeit rascher als die Importe, so dass sich allmählich ein zunehmender Ausgleich ergeben muss. Zu berücksichtigen seien auch die schon beträchtlichen, noch erweiterungsfähigen Lieferungen jugoslawischer Waren nach Drittmärkten durch Vermittlung führender schweizerischer Handelsfirmen. Zudem bezieht Jugoslawien steigende Deviseneinnahmen aus dem Zustrom schweizerischer Touristen, die sich für 1970 etwa auf 45 Mio Fr. belaufen dürften. Noch höher werden die Einnahmen aus den Ersparnisüberweisungen der 25 000 in der Schweiz tätigen Jugoslawen geschätzt. Das Passivum im Handelsverkehr mit der Schweiz kann also voraussichtlich durch die jugoslawischen Einkünfte aus schweizerischen "invisibles" annähernd gedeckt werden. Dennoch sei man auf schweizerischer Seite gewillt, die Bezüge jugoslawischer Waren nach Möglichkeit weiter zu fördern.

b) Industrielle Kooperation

Neben dem klassischen Warenverkehr bestehen auch neuzeitlichere Formen der wirtschaftlichen Beziehungen. Schweizerische Firmen gehörten seinerzeit zu den ersten, welche Lizenz- und Kooperationsverträge mit jugoslawischen Partnern abschlossen. Diese Zusammenarbeit hat sich inzwischen beträchtlich ausgeweitet und grössere Proportionen angenommen. Im allgemeinen funktionieren die betreffenden Verträge zur beidseitigen Befriedigung. Jugoslawien ist indessen lebhaft daran interessiert, diese Kooperation, auch in Form von Lohnarbeitsaufträgen und Umarbeitungsgeschäften, noch weiter auszudehnen, um die Industrialisierung zu fördern und gleichzeitig seine noch keineswegs gänzlich ausgeschöpften Arbeitskräfte und Betriebskapazitäten intensiver zu nutzen. Indessen besteht auch schweizerischerseits zunehmende Neigung zu einer solchen Kooperation, die es erlaubt, unsern überbeanspruchten Arbeitsmarkt, der heute von aussen nicht mehr weiter ergänzt werden kann, etwas zu entlasten. Die von den verschiedenen Wirtschaftskammern organisierten branchenweisen Aussprachen zwischen schweizerischen und jugoslawischen Direktinteressenten, die sehr geschätzt wurden und offenbar schon nützliche Anfangsergebnisse erbrachten, dienten vor allem einer Vertiefung dieses Problemkreises.

c) Investitionen

Weniger erfolgreich war Jugoslawien bisher in seinem Bestreben, schweizerisches Kapital zu Investitionen in jugoslawischen Unternehmungen zu ermuntern. Mehrere Bestimmungen der jugoslawischen Gesetzgebung (z.B. die 49 zu 51 Prozent-Klausel zugunsten des jugoslawischen Partners, gewisse Transferrestriktionen, die Ungewissheit bezüglich eventueller späterer Nationalisierungen, die Arbeiterselbstverwaltung) wirken sich immer noch dämpfend aus, statt die Investitionen

ausländischen Kapitals, wie dies eigentlich der Zweck war, zu stimulieren. Die sehr offen geführte Diskussion ergab, dass sich die zuständigen Stellen in Belgrad dieser - auch von der OECD vermerkten - Mängel bewusst geworden sind und nach rascher Abhilfe streben. Man ist offenbar auch bereit, schon vor der formellen Gesetzesrevision im Rahmen der einzelbetrieblichen Investitionsverträge günstigere Sonderbedingungen einzuräumen.

d) Verhältnis der Schweiz zur EWG

In kleinem Kreise wünschte schliesslich Vize-Aussenhandelsminister Dr. Tomic die Haltung der Schweiz gegenüber der europäischen Integrationsausweitung kennen zu lernen. Sie wurde ihm von Dir. Aebi und dem Unterzeichneten, so wie sie sich zurzeit vor Beginn der exploratorischen Gespräche mit der EWG präsentiert, in den Umrissen dargelegt.

5. "Public relations"

Die Reise diente, wie schon eingangs bemerkt, keinen konkreten Verhandlungen, sondern der Kontaktnahme, auch auf kommerzieller Ebene, und der Schaffung "guten Willens". Das erstmalige Experiment einer derartigen gemischten Mission scheint gelungen zu sein. Das Echo aus den beteiligten schweizerischen Wirtschaftskreisen lautet durchwegs positiv. Indessen ist unser Unterfangen auch in Jugoslawien geschätzt worden, was im betont freundschaftlichen Empfang und in der täglichen Berichterstattung über Radio und Presse zum Ausdruck kam. Auch die seither bekannt gewordenen Stimmen aus Zagreb und Belgrad tönen günstig. Namentlich die gruppenweisen Branchenbesprechungen fanden bei den direkten Interessenten hüben und drüben offenbar besondere Wertschätzung. Ob das Experiment auch gegenüber andern Oststaaten mit weniger geeigneten Voraussetzungen gelegentlich wiederholt werden kann, wird sich freilich erst aus einer gewissen Distanz beurteilen lassen.

III. REISE NACH BULGARIEN

1. Staatshandelsland Bulgarien

Während in Jugoslawien ein spürbarer Wind der Liberalisierung, des Unabhängigkeitswillens und der persönlichen Initiative weht, herrscht in Bulgarien noch weitgehend die von oben gelenkte, alle Lebensbereiche umfassende - und lähmende - Zentralisierung. Sie wird im Wirtschaftssektor besonders sichtbar. Eine gewisse Schwerfälligkeit, die ohnehin im bulgarischen Volkscharakter liegt, mangelnde Autonomie der vorwiegend nach staatlichen Weisungen handelnden Betriebe, das Fehlen eines eigenen ökonomischen Ansporns bewirken verbreitete Gleichgültigkeit und ungenügende Effizienz. Gewisse Reformversuche seit Mitte der Sechzigerjahre, die zu einer - noch vorsichtigen - Lockerung hätten führen können, fanden im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Tschechoslowakei 1968 eine brüske Wende. Zwar hat Bulgarien, vor dem Krieg noch ein ausgeprägter Agrarstaat, in den beiden letzten Jahrzehnten durch forcierte Industrialisierung namhafte, teils spektakuläre Fortschritte erzielt. Ob das Aufgebaute wirtschaftlich wirklich fundiert ist und aus sich selbst heraus lebensfähig bleibt, erscheint dem flüchtigen Besucher indessen fraglicher.

Das Stahlwerk KREMIKOVITZI beispielsweise, das wir auf bulgarische Einladung besichtigten, macht zwar auf den ersten Blick mit seinen riesigen Werkhallen (und einer Belegschaft von 17000 Arbeitskräften, worunter auffallend vielen Frauen) einen imponierenden Eindruck. Wenn man aber vom Direktor hört, dass die lokalen Erzvorkommen, die zum Bau Anlass gaben, einen relativ niedrigen Eisengehalt aufweisen, und wenn man feststellt, dass die Kapazität des Werkes selbst nur teilweise ausgenützt wird (bei Profilblechen beispielsweise nur zu einem Drittel, weil es "an Bestellungen fehle"), so stimmt das schon nachdenklicher. Trotz der offenbar nicht ausreichenden Wirt-

schaftlichkeit soll aber die gegenwärtige Kapazität im Umfang von anderthalb Millionen Tonnen innerhalb eines Jahrzehnts auf 4 Mio Tonnen ausgeweitet werden. Auf die Frage nach den Absatzmöglichkeiten wurde uns geantwortet, dass das Werk mit andern Betrieben aus dem COMECON-Bereich in einem "Metall-Austausch-System" stehe, wodurch das Problem innerhalb des "sozialistischen" Wirtschaftsraumes seine Lösung finde. Praktisch wird das wohl eine weitere Verquickung mit der Sowjetwirtschaft und damit auch eine zusätzliche Abhängigkeit von dieser bedeuten.- Aehnliche Eindrücke entstanden bei der Besichtigung eines modernen Werkes für elektronische Apparate (ELEKTRONIKA) in Belgrad, mit einer Belegschaft von 1'200 Personen. Die Arbeit in den weiträumigen, nur teilweise besetzten Werkhallen bleibt offensichtlich weit hinter der Intensität und Produktivität zurück, die beispielsweise in entsprechenden japanischen Betrieben beobachtet werden kann.- Einen lebendigeren Eindruck hinterliess der Betrieb der staatlichen Wirtschaftsvereinigung "VINPROM" für Produktion und Ausfuhr von Weinen, die mit modernen französischen Einrichtungen beachtliche Anstrengungen zur Verbesserung der bulgarischen Weinqualität unternimmt.

2. Gegenseitiger Handelsverkehr und bulgarische Erneuerungswünsche

Die vertraglichen Grundlagen unseres Handelsaustausches mit Bulgarien gehen auf das Jahr 1954 zurück. Der damals abgeschlossene, heute noch in Kraft stehende "Accord commercial et de paiements" stipuliert einerseits die klassische Meistbegünstigung und enthält andererseits Abmachungen über Warenverkehr und Clearing. Die Gültigkeit der bedeutungslos gewordenen Warenlisten wurde seit 1965 nicht mehr verlängert. Dagegen gilt weiterhin der gebundene Zahlungsverkehr, obwohl die seinerzeit gleichzeitig vereinbarte Nationalisierungsentschädigung durch Abspaltung einer Quote von 7 % aus den Gesamteinzahlungen sogar schneller als vorgesehen voll bezahlt worden ist. Seit 1954 haben indessen zwischen der Schweiz und Bulgarien keinerlei

grundsätzlichen Wirtschaftsgespräche mehr stattgefunden. Bulgarischerseits empfand man dies in den letzten Jahren zunehmend als Hintanstellung durch die Schweiz; wiederholt wurde, auch angesichts der für Bulgarien stark passiven Handelsbilanz, immer dringender der Wunsch nach baldigen direkten Kontakten geäußert. Als der Erste Vize-Aussenminister Bulgariens, Guero Grozev, dieses Frühjahr das EPD besuchte, wobei auch der Unterzeichnete teilnahm, wurde ein solcher Kontakt konkret in Aussicht gestellt. Aeusseren Anlass dazu bot die Internationale Messe von Plovdiv, die der Zagreber Herbstmesse nachzufolgen pflegt, so dass sich die Mission in Jugoslawien mit dem Besuch in Bulgarien verbinden liess.

3. Zusammensetzung und Programm der schweizerischen Delegation

Gegenüber der weitgefassten "good will"- Aktion in Jugoslawien konzentrierte sich die Mission in Bulgarien hauptsächlich auf Sondierungen zwischen Behördevertretern im Hinblick auf eventuelle künftige Verhandlungen. Die schweizerische Delegation konnte unter diesen Umständen auf Dr. Roches und den Unterzeichneten reduziert werden. Botschafter Lucien Guillaume und sein erster Mitarbeiter, Botschaftssekretär Hans Freiburghaus, standen ihnen mit Rat und Tat zur Seite.

Kernstück des Sofioter Aufenthalts bildete eine längere Arbeitssitzung auf dem Aussenhandelsministerium mit Vize-Minister Penko PENKOV, Generaldirektor Asparuch MLADENOV, Direktor Mintcho PETKOV (Westeuropa) und Jordan PETROV (Länderbearbeiter Schweiz) sowie eine anschliessende Aussprache mit Aussenhandelsminister Latchezar AVRAMOV. Tags darauf folgte ein längeres Gespräch mit Vizeausserminister M.R. GRIGOROV, der sich namentlich auch für unsere Haltung gegenüber der EWG interessierte, sowie mit dem Vizeminister für Chemie und Metallurgie, M.M. KOLEV, der von der Schweiz industrielle Kooperation erhofft, wofür freilich die Voraussetzungen in Bulgarien bedeutend

ungünstiger liegen als im Falle Jugoslawiens. Ein Empfang im Hause unseres Botschafters bot Gelegenheit zu weiteren Kontakten. Der Samstag war einem Ausflug zum malerischen Kloster Rila gewidmet. Am Sonntag 20. September schliesslich nahmen die schweizerischen Vertreter auf Einladung des Aussenhandelsministeriums an der offiziellen Eröffnung der Internationalen Messe von Plovdiv teil. Diese steht hinter jener von Zagreb zwar stark zurück (165 000 m² Ausstellungsfläche gegenüber 500 000 m² gemäss Angaben in Zagreb; Teilnehmer aus 43 ausländischen Staaten gegenüber mehr als 60 Ländern in Zagreb), verzeichnet aber offenbar im Vergleich zu früheren Jahren beträchtliche Fortschritte. Botschafter Guillaume und der Unterzeichnete benutzten die Gelegenheit, Ministerpräsident und Parteichef Todor SCHIWKOV bei seinem Messerundgang vor einigen Schweizerständen zu begrüßen. Leider waren diese Stände auf zwei verschiedene Pavillons verteilt. Auch wenn die Plovdiver Messe von der OSEC nicht offiziell beschickt wird, sollte doch versucht werden, die schweizerischen Aussteller, schon der grösseren Geschlossenheit wegen, wenn möglich wieder in einem einzigen Messepavillon zu vereinigen.

4. Wichtigste Gesprächsgegenstände

a) Handelsbilanz

Seit Bestehen des Handels- und Zahlungsabkommens von 1954 ist die Bilanz für Bulgarien regelmässig passiv. Diese Erscheinung hat sich in den letzten Jahren infolge unserer stark ansteigenden Exporte (namentlich Chemie und Maschinen), denen eine ungenügende Auswahl bulgarischer Waren (vornehmlich aus dem Agrarsektor) gegenübersteht, noch akzentuiert. Im Jahr 1969 erreichte der Fehlbetrag zulasten Bulgariens bei Exporten von 63 Mio Franken und Importen von rund 16 Mio einen neuen Rekord von beinahe 47 Mio.

- 14 -

Die bulgarischen Behörden suchen deshalb nach einem gewissen Ausgleich. Schon im Mai d.J. hatten sie eine Erhöhung des gegenwärtigen, zugegebenermassen geringen Weinkontingents von 2000 hl auf 40-50 000 hl verlangt. Dieses Begehren ist natürlich, von der Schweiz aus gesehen, völlig unrealistisch. Die Gründe dafür wurden unsern bulgarischen Partnern dargelegt. Wie schon früher, seien aber Zusatzkontingente auf der Basis von Kompensationen mit schweizerischen Zuchtviehlieferungen denkbar. Darüber hinaus erwägen wir, nach bereits erfolgter Fühlungnahme mit dem Bauernverband, der grundsätzlich keine Einwendungen erhebt, den Bulgaren im Sinne eines gewissen Entgegenkommens aus der noch intakten Ostreserve der Jahre 1969 und 1970 in den nächsten Monaten ein Sonderkontingent von etwa 4000 hl einzuräumen. Doch wurde diese Möglichkeit, die noch näherer Prüfung bedarf, in Sofia ohne Nennung einer Zahl erst angedeutet. Andererseits wurde unserem Bedauern darüber Ausdruck gegeben, dass die bulgarischen Eierlieferungen, die in den letzten Jahren ein beträchtliches Ausmass erreicht hatten, plötzlich ausgeblieben sind. Offenbar zog man es vor, nach andern - osteuropäischen - Ländern zu liefern, wo momentan günstigere Preise erzielbar seien. Doch läuft Bulgarien, wie wir zu bedenken gaben, mit dieser nicht sehr weitsichtigen Politik Gefahr, den unter erheblichen beidseitigen Anstrengungen erarbeiteten Schweizermarkt wieder gänzlich einzubüssen. Namentlich Vizeminister Penkov schien von diesem Argument beeindruckt und will der Sache nachgehen.

b) Schaffung neuer Vertragsinstrumente

Prinzipiell bedeutungsvoller als die Bilanzarithmetik erweist sich der bulgarische Wunsch nach Erneuerung unseres Vertragsapparates. Das bisherige Instrumentarium sei nützlich gewesen und habe eine erfreuliche Entwicklung der Beziehungen mit sich gebracht, die man durchaus zu schätzen wisse. Doch bedürfe dieses nun im Lichte der Veränderungen auf dem Weltmarkt einer grundlegenden Ueberholung. Was man bulgarischerseits anstrebe, sei

- einerseits der Abschluss eines neuen sog. "langfristigen Handelsvertrages". Dessen Hauptmerkmale wären eine erweiterte Meistbegünstigung, die sich über die Zollfrage hinaus auch auf die wirtschaftliche Tätigkeit der beidseitigen Staatsangehörigen und auf die Gründung von Niederlassungen (im Rahmen der jeweiligen nationalen Rechtsordnung) erstrecken sollte, ferner die Abschaffung des gebundenen Zahlungsverkehrs (wir kommen darauf anschliessend zurück) und die Befreiung des gegenseitigen Handels von Kontingenten.
- andererseits eine Vereinbarung über ökonomische, industrielle und technische Zusammenarbeit, ähnlich jenen Abmachungen, die Bulgarien schon mit andern Ländern, so u.a. auch mit westlichen Staaten wie Oesterreich, Italien und den Niederlanden unterzeichnet hat. Allenfalls liessen sich beide Vertragsarten in einem einzigen Instrument verbinden.

Wir erklärten uns bereit, diese Vorschläge auf Grund näherer Angaben zu prüfen, auch wenn von uns aus gesehen eine Neuformulierung der Meistbegünstigung keinem eigentlichen Bedürfnis entspricht. Ähnliches gelte für die ökonomische, industrielle und technische Zusammenarbeit; da sie im Rahmen unserer Struktur prinzipiell Sache der Privatwirtschaft sei, könnte eine Rahmenvereinbarung hierüber schwerlich mehr als deklaratorischen Charakter aufweisen. Namentlich diese letzte Erklärung schien uns angesichts gewisser unerquicklicher Erfahrungen anderer westlicher Staaten mit derartigen Verträgen unerlässlich.

c) Aufhebung des Clearings

Das Kernstück der bulgarischen Desiderata bildet aber der Wunsch nach Aufhebung des gebundenen Zahlungsverkehrs. Man räumt ohne weiteres ein, dass der Clearing eine wichtige Rolle gespielt hat, um unter schwierigen Bedingungen eine

- 16 -

wesentliche Entwicklung des Warenaustausches zu ermöglichen. Jetzt sei er jedoch nicht mehr zeitgemäss und sollte abgeschafft werden.

Grundsätzlich sind wir heute bereit, eine sukzessive Aufhebung des Clearings mit den Staatshandelsländern in die Wege zu leiten. Auch der Vorort pflichtet dem, wie seine Umfrage ergeben hat, unter gewissen Bedingungen bei. Wir stehen indes insofern vor einer etwas eigenartigen Situation, als auf Seiten der in Betracht kommenden Oststaaten in dieser Frage keine einheitliche Auffassung mehr zu bestehen scheint. Während Polen, Ungarn und Bulgarien auf die Aufhebung des gebundenen Zahlungsverkehrs drängen, sind in Rumänien und offenbar auch in der Tschechoslowakei recht unerwartet Bedenken aufgetaucht. Auch dort möchte man zwar den Clearing nicht in seiner heutigen Form belassen, denkt aber weniger an eine Aufhebung als an eine Modifikation im Sinne einer völligen "Reziprozität" (Zweikontensystem mit gegenseitigen Krediten, wie dies schon konkret von den Rumänen verlangt wurde).

Nun gehören aber gerade Rumänien und die Tschechoslowakei zu jenen Staaten, bei denen sich die Aufhebung des Clearings in unsern Augen viel eher schon heute rechtfertigen liesse als gegenüber Bulgarien, wo wir, wiederum in Uebereinstimmung mit dem Vorort, angesichts der Schwäche des bulgarischen Angebots an importwürdigen Gütern lieber noch etwas zuwarten möchten. Bulgarien ist in der Tat der einzige Oststaat, mit dem wir, im Rahmen des Clearings, ein Prämiensystem aufrechterhalten: schweizerische Exporte nach Bulgarien werden demgemäss immer noch mit einer Abgabe belastet, deren Ertrag dazu dient, an sich nicht clearingpflichtige Transitgeschäfte aus Bulgarien, sofern sie freiwillig der Einzahlung in den Clearing unterstellt werden, durch Ausrichtung einer Prämie zu erleichtern. Das Clearingkonto zur Bezahlung schweizerischer Lieferungen nach Bulgarien wird dadurch in erheblicher Weise alimentiert. Im Jahre 1969 beispielsweise beliefen sich die Einzahlungen in den schweize-

- 17 -

risch-bulgarischen Clearing aus Importen bulgarischer Waren nach der Schweiz auf rund 13 Mio Franken, jene aus "prämisierten" Transitlieferungen dagegen auf volle 20 Mio. Dieser Beitrag aus den Transitgeschäften erscheint umso wichtiger, als Bulgarien im Gegensatz zu andern Oststaaten, deren Handelsverkehr mit uns ebenfalls passiv ist, in den letzten Jahren sozusagen keine freien Mittel in den Clearing eingeschossen hat.

Indessen wird die Abgabe auf den Exporten nach Bulgarien namentlich von der schweizerischen chemischen Industrie, die immer mehr zu Gegenseitigkeitsgeschäften Zuflucht nehmen muss, wobei die bulgarischen Waren oft nur in Drittländern plazierbar sind, als doppelte Belastung empfunden, die kaum mehr tragbar sei. Die Handelsabteilung hat die Prämie unter diesen Umständen seit 1. Juli d.J. vorderhand von bisher 3 % auf 1 1/2 % halbiert. Wir wünschen nun, bevor wir mit Bulgarien weitere Erleichterungen eintreten lassen und allenfalls bis zur Aufhebung des Clearings fortschreiten, zunächst die Auswirkungen dieser ersten Lockerungsmassnahme abzuwarten. Vor allem sollte sich zeigen, in welchem Ausmass die Transitgeschäfte allenfalls zurückgehen und ob Bulgarien willens und in der Lage sein wird, statt dessen zur Bezahlung seiner Bezüge aus der Schweiz die nötigen freien Devisen zur Verfügung zu stellen. Es geht uns also hier vorderhand um Zeitgewinn.

Wir haben natürlich nicht verfehlt, die obigen Zusammenhänge den Bulgaren in geeigneter Weise darzulegen. Vor allem versuchten wir ihnen verständlich zu machen, dass sie Gefahr laufen könnten, der Vorteile, die ihnen der schweizerische Welthandelsapparat als Vermittler von Transitgeschäften und somit auch als Devisenbringer bietet, bei einer unvermittelten Abschaffung des Clearings verlustig zu gehen, weshalb die Dinge vorderhand nicht überstürzt werden sollten. Diese Ausführungen scheinen eine gewisse Wirkung nicht verfehlt zu haben, und man will die Sache offenbar auch in Sofia noch einmal überdenken.

d) Warentransport

Schon vor einiger Zeit war der Gedanke aufgetaucht, zwischen der Schweiz und Bulgarien ein Abkommen über den Warentransport, namentlich auf der Strasse, abzuschliessen. Das Eidg. Amt für Verkehr wäre einer solchen Abmachung nicht abgeneigt. Wir haben dies den Bulgaren mitgeteilt, die ihrerseits Interesse bekundeten. Die Angelegenheit sollte nun konkretisiert werden können.

e) Eventueller Schweizerbesuch von Aussenhandelsminister AVRAMOV

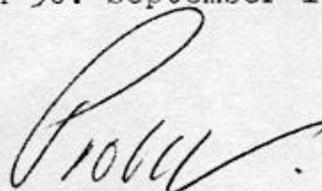
In unserem Gespräch erwähnte Avramov (als Mitglied des Politbüros eine einflussreiche Persönlichkeit, die auch dem starken Mann Bulgariens, Todor Schiwkov nahesteht), dass er in den letzten Jahren Italien, Frankreich, die Niederlande, Grossbritannien und verschiedene andere westliche Staaten besucht habe. Als ich hierauf bemerkte, dass er, falls ihn eine seiner Reisen über die Schweiz führen sollte, auch in Bern willkommen wäre, nahm er dies mit sichtlicher Genugtuung zur Kenntnis. Sein gelegentlicher Besuch wäre also denkbar.

* *
*

- 19 -

Es ist beabsichtigt, diesen Bericht in den kommenden Wochen noch im einzelnen zu ergänzen und die Ergebnisse unserer Reise materiell auszuwerten. Auch Vorort und FH bereiten aus ihrer eigenen Sicht Spezialberichte vor. Es schien uns indessen richtig, mit dem vorliegenden Text einen ersten gerafften Ueberblick zu vermitteln. Er sei verbunden mit unserem verbindlichen Dank an die Herren Botschafter Dr. Hans Keller und Lucien Guillaume ihre Mitarbeiter E. Klöti (Belgrad) und H. Freiburghaus (Sofia) sowie an Herrn Generalkonsul W. Vaterlaus in Zagreb für ihre tatkräftige Unterstützung, ihre lebenswürdige Gastfreundschaft und ihren bewährten organisatorischen Beistand.

Bern, den 30. September 1970



(Probst)

2 Beilagen.

Goodwill Mission Jugoslawien Herbst 1970

<u>Name:</u>	<u>Funktion:</u>	<u>Organisation oder Firma:</u>
Dr. R. Probst	Botschafter Delegationschef	Handelsabteilung EVD
Dr. P. Aebi	Direktor	Vorort des Schweiz. Handels- und Industrie-Vereins, Zürich
Dr. L. Roches	Sektionschef Ia	Handelsabteilung EVD
<u>Maschinenindustrie:</u>		
C. Inderbitzin	Sekretär	Verein Schweiz.Maschinen- Industrieller, Zürich
A. Kellersberger	Direktor	Brown Boveri & Cie, Baden
W. Klein	Direktor	Brown Boveri & Cie, Baden
H. Keller	Vizedirektor	Landis & Gyr, Zug
Dr. J. Engeli	Vizedirektor	Sprecher & Schuh, Aarau
<u>Chemische Industrie:</u>		
Dr. R. Ulrich	Sekretär	Schweiz. Gesellschaft für Chemische Industrie, Zürich
Dr. R. Witschi	Vizedirektor	CIBA, Basel
Prof.Dr.A.Bürgin	Direktor	J.R.Geigy AG, Basel
<u>Uhrenindustrie:</u>		
R. Retornaz	Generaldirektor	Fédération horlogère, Bienne
Yann Richter	Vizedirektor	Schweiz. Uhrenkammer, La Chaux-de-Fonds
<u>Nahrungs- und Genussmittelindustrie:</u>		
M. Gloor	Generaldirektor	Nestlé Alimentana SA, Vevey
Dr. F. Stutz	Vizedirektor	Nestlé Alimentana SA, Vevey
<u>Transithandel:</u>		
Dr. L. Keller		Ed.A.Keller & Co AG, Zürich
<u>Textilindustrie:</u>		
J. Amez-Droz		Präsident des Schweiz. Verbandes der Konfektions- und Wäsche- Industrie und Inhaber der Cortasca AG, Zürich